



Kostenlose und freie Bildung für Alle- und zwar sofort!

Bundesweit Dezentrale Demonstrationen
am
09. Juni 2010



YDG

Neue Demokratische Jugend | Yeni Demokratik Gençlik | Ciwanén Demokratén Nú

www.ydg-online.org | info@ydg-online.org

**Kostenlose und freie Bildung für Alle- und zwar sofort!
Beteiligt Euch am Bildungstreik am 9. Juni 2010!**

SchülerInnen sind gezwungen, ihre Bücher selber zu kaufen, StudentInnen müssen Studiengebühren zahlen. Die Schulzeit des neunjährigen Gymnasiums wurde auf acht Jahre verkürzt- bei gleich bleibendem Lehrplan! Dies führt dazu, dass v. a. junge SchülerInnen sehr oft Nachmittagsunterricht haben und sich z. B. nicht an den freiwilligen Arbeitsgemeinschaften der Schulen beteiligen können. Sie kommen nach Hause, sind mit Hausaufgaben und Lernen beschäftigt. Einem Kind, das neu in die Pubertät kommt, ist dies nicht zuzumuten.

SchülerInnen, die es nicht auf das Gymnasium „schaffen“, werden direkt abgestempelt und haben es in ihrem zukünftigen beruflichen Weg schwer. Auf die Gründe, weshalb diese Kinder nicht in den ersten vier Bildungsjahren ihres Lebens gut waren, geht keiner ein. Vielleicht kommen sie aus einer Migrantenfamilie und beherrschen die deutsche Sprache nicht so gut... Vielleicht brauchen sie etwas mehr Aufmerksamkeit und Zeit als andere SchülerInnen, aber die LehrerInnen haben in überfüllten Klassen keine Zeit, sich diesen Kindern zuzuwenden...

BerufsschülerInnen müssen all ihre Bücher selber zahlen, wenn überhaupt, dann wird nur ein kleiner Betrag vonseiten der Schulen übernommen. In vielen Berufsschulen haben Azubis nicht einmal Interessenvertretungen, die ihre Forderungen publik machen können. Die Ausbildungsvergütung reicht kaum für bestimmte Bedürfnisse aus. In manchen Ausbildungszweigen erhält man gar kein Geld, sondern muss auch noch selber zahlen (wie im Beispiel der Physiotherapeuten). Den Versuch, sich für ihre Rechte einzusetzen, sollten sie erst gar nicht wagen. Denn das könnte ein Grund für ihre Kündigung sein. Übernommen wird heute so gut wie keineR mehr, in Zeiten der „Krise“ haben ArbeitgeberInnen bereits eine gute Ausrede...

Kurz: Wer kein Geld besitzt, erhält auch keine gute Bildung und versucht sich dann im Leben durchzuschlagen...

Die Bilder der Proteste im Herbst/Winter 2009 sind uns allen wahrscheinlich noch präsent. Die besetzte Universität in Wien löste eine Welle von Besetzungen aus... Hunderttausende BildungsaktivistInnen gingen auf die Straße, um ihre Rechte zu verteidigen bzw. einzufordern! Bisher hat sich nicht viel geändert, PolitikerInnen haben unsere Forderungen für ihre Wahlpropaganda benützt und dann vergessen- was auch nicht anders zu erwarten war! Da die oben nichts ändern werden, lasst uns gemeinsam unsere Sache in die Hand nehmen!



Bildungsproteste sind nicht nur in Europa ein Thema, sondern in der globalisierenden Welt werden auch die Kämpfe global- weltweit gibt es Besetzungen, Demonstrationen und verschiedene Protestaktionen!

„Wer kämpft, kann verlieren! Wer nicht kämpft, hat bereits verloren!“ Bert Brecht

Kurz gesagt: Weltweit kämpfen Millionen von Menschen gegen die Privatisierung der Bildung. Es ist unsere Aufgabe, sowohl unsere internationale Solidarität mit allen Kämpfenden auszusprechen und zu zeigen- als auch den Kampf im eigenen Land aufzunehmen. Das heißt, wer eine selbstbestimmte und kritische Bildung will, muss dafür kämpfen!

**Bildung ist keine Ware! Nein zur Privatisierung!
Weg mit den europäischen Kapitalinteressen!
Beteiligt Euch am Bildungstreik am 9. Juni 2010!
Lasst uns gemeinsam für unser Recht auf Bildung eintreten und kämpfen!**

Die Bildungspolitik des kapitalistischen Systems ist Teil des Bologna Prozesses

Was bedeutet **Bologna Prozess**?

Der Bologna- Prozess ist ein durch internationale Vereinbarungen initiiertes Studienreformprozess, an dem sich mittlerweile 45 Länder beteiligen. Der Name Bologna Prozess geht auf die „Gemeinsame Erklärung der europäischen Bildungsminister vom 19. Juni 1999“ in Bologna zurück. Der Grundstein für diesen Prozess wurde jedoch bereits 1997 mit dem Lissabon- Abkommen des Europarates und der UNESCO gelegt. Der Bildungsmarkt wird privatisiert und nach imperialistischem Konzept internationalisiert. Als Folge der Privatisierung werden Bosse der Banken, Stiftungen und wirtschaftlichen Betriebe zu Senatsmitgliedern ernannt, die die Zukunft der Bildung für eigene Interesse umformen, ohne Rücksicht auf die Chancengleichheit und das Bildungsrecht des Menschen zu achten. Es ist der Versuch die Bildung zu einer markttauglichen Ware zu rechtfertigen und die (Berufs-) SchülerInnen und StudentInnen zu Kunden zurückzustufen, statt sie gleichberechtigt am wissenschaftlichen Prozess teilhaben zu lassen.



Doch wie kann man Kunde werden, ohne zu zahlen? Wie bereits oben erwähnt, sind Studiengebühren, Büchergeld, u. ä. nur wenige Beispiele für „kostendeckende“ Gebühren. Genauso wie damals u. a. mit der Einführung der Währungsunion zielt auch der Bologna Prozess der extremen neoliberalen Transformation und fördert nicht die Persönlichkeitsentfaltung der Lernenden, sondern sie schränkt sie völlig ein, indem sie sie nur als Rohstoff für den Weltmarkt fördert!

Bildung ist keine Ware! Nein zur Privatisierung!
Nein zum Bologna Prozess!
Für eine kostenlose, chancengleiche Bildung- und zwar weltweit!

Die Auswirkungen der Bildungspolitik auf Jugendliche mit Migrationshintergrund

Laut dem Bericht der Vereinten Nationen (2006) gibt es weltweit 191 Millionen MigrantInnen, die aus den verschiedensten Gründen zur Migration gezwungen sind, ein Drittel dieser weltweiten MigrantInnen leben in Europa. Weiter heißt es in dem Bericht, dass bisher aus verschiedenen Kontinenten 64 Millionen Menschen nach Europa emmigriert sind.

Es ist eine Tatsache, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund dieselben Probleme haben wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Für MigrantInnen kommen dann aber noch einmal spezifischere Schwierigkeiten und Probleme dazu, wie z. B. die Defizite in der deutschen Sprache (bzw. der Sprache des Migrationslandes), finanzielle Schwierigkeiten, Identitätsprobleme und -verlust (innerhalb der Familie wird man nach den Normen und Werten des eigenen Kulturkreises erzogen, von außerhalb erhält man andere Normen und Werte vermittelt), Benachteiligungen, Sehnsucht nach der Heimat, Rassismus/ Ausländerfeindlichkeit, u.ä. Die Situation von Asylanten und Flüchtlingen ist noch viel schlimmer, sie sind ständig mit der Angst der Abschiebung konfrontiert, haben einen Haufen an Auflagen und Verboten zu befolgen (keine Arbeitserlaubnis, das Verbot des Verlassens des gemeldeten Kreises, u.v.m.). Meistens benötigen sie professionelle Hilfe, um die Erlebnisse aus ihrer Heimat verarbeiten zu können.

Bezüglich der oben genannten Punkte sind Jugendliche mit Migrationshintergrund gezwungen, noch mehr für ihre Bildung zu tun, viel größere Hürden hinter sich zu bringen. Laut einer OECD- Untersuchung in Österreich ist der Anteil der ausländischen StudentInnen sehr gering, bei MigrantInnen aus der Türkei beträgt dieser Anteil nur 2,1%.

Bei Entlassungen von ArbeitnehmerInnen sind an erster Stelle wieder MigrantInnen betroffen, zudem werden ständig neue Gesetze verabschiedet, die sich ebenfalls nachteilig auf MigrantInnen auswirken. Viele Staats- und Regierungschefs beschwerten sich täglich, dass MigrantInnen sich nicht integrieren lassen würden, die sog. „Ausländerkriminalität“ ständig am

Infobroschüre der ATIK- YDG zum bundesweiten Bildungsstreik - Juni 2010

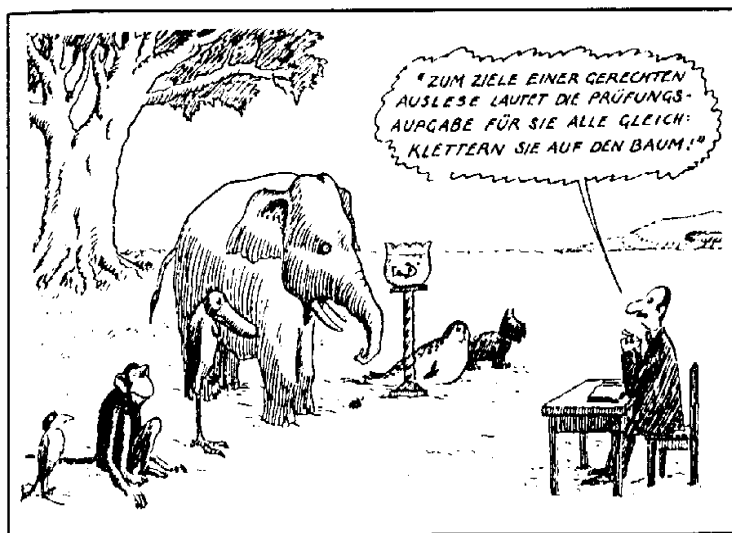
Steigen sei, dass sie die Wirtschaft des jeweiligen Landes negativ beeinflussen, das soziale Gleichgewicht stören und den „eigentlichen BewohnerInnen“ des Landes die Arbeitsplätze wegnehmen würden. Dies führt dazu, dass die MigrantInnen oftmals als „Sündenböcke“ der Gesellschaft dargestellt werden und viele junge MigrantInnen psychosoziale und psychische Probleme kriegen.

Eine weitere Gefahr, der MigrantInnen- so natürlich auch viele linke Strukturen- ausgesetzt sind, ist die stetige Zunahme von rechten Parteien und deren AnhängerInnen. Um nur einige Beispiele zu nennen: der Wahlerfolg der rassistischen Partei in England (britische nationalistische Partei) oder Gert Wilders in den Niederlanden.

Wenn man die Länder Europas näher betrachtet, erkennt man, dass in Deutschland die meisten MigrantInnen leben. Im Jahre 2007 betrug ihre Zahl 15,1 Millionen, das macht 18,4% der Gesamtbevölkerung Deutschlands aus. Auch wenn die BRD inzwischen eingesehen hat, ein Migrationsland zu sein, besitzen MigrantInnen, die z. T. Schon mehr als 30 Jahre in der BRD leben, nicht einmal die demokratischsten Rechte wie passives und aktives Wahlrecht. Menschen, die über Heiratswege nach Deutschland wollen, müssen zunächst einmal die deutsche Sprache lernen und die Prüfung bestehen. Wenn sie diese nicht bestehen, können sie nicht nach Deutschland. Wenn jedoch junge Menschen zum Studieren nach Deutschland „importiert“ werden sollen, besteht solch eine Voraussetzung nicht.

In Frankreich sieht die Situation der MigrantInnen noch viel schlimmer aus. Nach einer Änderung im französischen Grundgesetz können Behörden in „besonderen Fällen“ DNA- Tests der Kinder verlangen und diese speichern. Laut dem „erfolgreichen“ Bericht von Brice Hortefeux an Sarkozy wurden 2008 29.799 Menschen abgeschoben.

Auch in der Schweiz ist die Situation ähnlich. Die Gesamtbevölkerung der Schweiz beträgt 7,5 Millionen, 1,5 Millionen davon sind MigrantInnen, d. h., dass in der Schweiz jedeR Fünfte MigrantIn ist. Nach dem neuen Ausländergesetz, das 2006 verabschiedet wurde, erhalten MigrantInnen aus EU- Ländern nach zehn Jahren ihre uneingeschränkte Aufenthaltserlaubnis, MigrantInnen aus Nicht- EU- Ländern erhalten diese sog. C- Erlaubnis jedoch nicht. Der uneingeschränkte Wohnortswechsel zwischen Kantons wird diesen MigrantInnen ebenfalls nicht mehr gewährt. Ämter wollen die „Integrationsfähigkeit“ durch Tests herauskriegen. Außerdem wird diskutiert, dass, falls ein Jugendlicher kriminell geworden ist, die ganze Familie mit ihm zusammen abgeschoben werden kann.



Wie die Situation in den Niederlanden aussieht, kann man sich spätestens nach den Geschehnissen der „Mohammed- Karikaturen“ gut vorstellen. Schulen, die zu mehr als 50% von MigrantInnen besucht werden, werden „schwarze Schulen“ genannt und deshalb wollen HolländerInnen ihre Kinder nicht mehr in Schulen schicken, die einen hohen Anteil an MigrantInnen haben. Dies jedoch führt dazu, dass Kinder mit Migrationshintergrund isoliert und ausgeschlossen werden. Wenn eine Person aus Holland mit einer Person aus Ländern wie der Türkei oder Marokko heiraten möchte, so sind die dort gezwungen, Gehaltsnachweise, Sprachkenntnisse und eine damit verbundene Prüfung zu absolvieren. Personen aus Ländern wie Kanada, Australien oder Neuseeland müssen solche Nachweise jedoch nicht erbringen.

In Holland werden SchülerInnen und StudentInnen bereits laut Grundgesetz als „Kunden“ bezeichnet. Dies zeigt die Funktion der Bildung, die sie für die Herrschenden zu spielen hat. Außerdem haben sich die Chancen auf eine selbstbestimmte und bedürfnisorientierte Bildung verringert, da viele Schulen und Hochschulen bereits jetzt mit Unternehmen aus der Wirtschaft eng zusammenarbeiten und somit die Möglichkeit haben, direkten Einfluss auf die Lehrpläne, Studiengänge, u. ä. zu nehmen. Wir dürfen uns nicht zu Kunden zurückstufen lassen! Wir müssen uns ein Bildungssystem erkämpfen, dass auf unsere Bedürfnisse zugeschnitten ist!

**Für eine kostenlose und chancengleiche Bildung- weltweit!
Hoch die internationale Solidarität!**